

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Entwicklung der Versorgungsausgaben

Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

Gliederung

- | | |
|--|--|
| A. Bericht
1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse
2. Datengrundlage
3. Änderungen in der Stufe 4/2005mod des Prognoseinstruments (Hinterlegung neuer Sterbetafel DAV 2004 R der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV))
4. Prognoseergebnisse der Stufe 4/2005mod im Einzelnen
4.1 Gesamtentwicklungen
4.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich
4.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
5. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen |
6. Bewertung der Ergebnisse
6.1 Lineare Anpassungen
6.2 Vergleich mit dem Haushaltsergebnis
6.3 Entwicklung der Ausgaben im Blick auf die neue Sterbetafel DAV 2004 R
7. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben
7.1 Versorgungsrücklage nach § 14a BBesG
7.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds
7.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

B. Schlussbetrachtung |
|--|--|

A. Bericht

Die Altersversorgungssysteme des öffentlichen Dienstes sind ebenso wie die gesetzliche Rentenversicherung von den Auswirkungen des demografischen Wandels in unserer Gesellschaft betroffen. Die aktuelle Bevölkerungsstruktur weicht schon lange von der idealen Vorstellung ab, die sich in der klassischen Bevölkerungspyramide darstellen lässt: Danach bilden die Kinder die stärksten Jahrgänge und mit zunehmendem Alter verringern sich die Besetzungszahlen der späteren Jahrgänge allmählich auf Grund der Sterblichkeit. Dieses Idealbild hat sich durch zunehmende Alterung, höhere Lebenserwartung und ein niedriges Geburtenniveau dahingehend verschoben, dass die Bevölkerungspyramide von 1910 nach Berech-

nungen des Statistischen Bundesamtes in ca. 45 Jahren nahezu auf dem Kopf stehen wird. Dieses Problem stellt alle staatlich garantierten Alterssicherungssysteme vor die gleiche Aufgabe, die Finanzierung der Altersversorgung auf eine langfristig verlässliche Grundlage zu stellen. Dabei haben Bund und Länder die Belastungen der öffentlichen Haushalte durch aufwachsende Versorgungsausgaben bereits seit geraumer Zeit als wichtiges Problem erkannt und diesem durch verschiedene Maßnahmen auch bereits entgegengewirkt. Eine Ursache dieser Ausgabenentwicklung ist die bereits genannte allgemeine demografische Entwicklung, die u. a. dazu führt, dass sich die Versorgungslaufzeiten in Zukunft verlängern und die Versorgungsausgaben entsprechend steigen. Hinzu kommt aber auch die personelle Ausweitung des öffentlichen Dienstes in den

Jahren zwischen 1960 und 1980, die seinerzeit eine Folge der gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen – insbesondere in den Bereichen Bildung und öffentliche Sicherheit – war und in den kommenden Jahren zu einer ansteigenden Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger führen wird. Dieses politisch gewollte Einstellungsverhalten schlägt sich in den nächsten Jahren Ausgaben intensiv auf die Beamtenversorgung nieder.

Der Senat hatte sich bereits 1999 für die Entwicklung eines Instruments entschieden, um langfristig die Möglichkeit zu haben, auf der Basis der hamburgischen Daten künftige Versorgungsausgaben in ihrer Gesamtheit einschätzen zu können und langfristig notwendige Steuerungsinformationen zu erhalten. Prof. Dr. Dietmar Pfeifer von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hatte sich bereit erklärt, im Rahmen eines Forschungsauftrags ein Instrument zu entwickeln, mit dem zum Einen die Zahl der Versorgungsberechtigten und die aufzuwendenden Versorgungsausgaben prognostiziert und zum Anderen alternative Szenarien simuliert werden können. In den letzten Jahren hat der Senat die Bürgerschaft regelmäßig über die Fortentwicklung des Prognoseinstrumentes unterrichtet, zuletzt mit der Drucksache 18/696 im Jahr 2004. Darin sind die maßgeblichen rechtlichen Regelungen der gesetzlichen Veränderungen seit 1997 sowie die einzelnen Stufen des Prognoseinstrumentes aufgeführt. Mit der nun vorliegenden Drucksache berichtet der Senat zum sechsten Mal über die Fortschritte und den Stand (Stufe 4/2005mod) des Projektes.

Grundlage der diesjährigen Stufe 4/2005mod ist die Stufe 3 des Prognoseinstrumentes aus dem Jahr 2004. Neben der jährlichen Aktualisierung des Datenbestandes zum Stichtag 1. Dezember hat Prof. Dr. Pfeifer als Neuerung für die vorliegende Stufe 4/2005mod eine Prognoseberechnung vorgelegt, die unter Zugrundelegung einer neuen Sterbetafel, und zwar der Basis-Sterbetafel, der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) erstellt wurde.

Bis zur Stufe 3/2004 war die Basis-Sterbetafel aus dem Jahr 1994 – Typ R (DAV 94R) der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) Grundlage des Prognoseinstrumentes. Da die Lebenserwartung der Bevölkerung seit Veröffentlichung der DAV 94R weiter gestiegen ist und es dadurch zwangsläufig zu einer längeren Bezugsdauer der Versorgungsbezüge kommt, hat Prof. Dr. Pfeifer für die vorliegende Stufe 4/2005mod die aktualisierte Basis-Sterbetafel „DAV 2004 R“ im Prognoseinstrument hinterlegt. Diese neue Sterbetafel, künftig als DAV 2004R bezeichnet, ist im Herbst 2004 veröffentlicht worden. Um die Auswirkungen der längeren Lebenserwartung auf die Berechnungszahlen und die Versorgungsausgaben darstellen zu können und um eine Vergleichsmöglichkeit zur letzten Prognose zu erhalten, hat er die Prognose des letzten Jahres – Stufe 3/2004 – ebenfalls mit der DAV 2004R modifiziert. Zur besseren Unterscheidung wird die mit der DAV 2004R modifizierte Stufe mit „mod“ gekennzeichnet.

Für den Tarifbereich der Länder sind zurzeit noch keine linearen Anpassungen vereinbart worden, für die Tarifbeschäftigten des Öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen wurden für die Jahre 2005 bis 2007 ausschließlich Einmalzahlungen vereinbart. Damit scheint es wenig wahrscheinlich, dass es für den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in den Jahren 2005 bis 2007 zu einer linearen Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge kommen wird.

Um dennoch einen Einblick darüber zu bekommen, wie sich die Versorgungsausgaben einerseits bei linearen Anpassungen und andererseits bei so genannten „Nullrunden“ entwickeln werden und welche Ausgabenbandbreiten sich

dadurch ergeben, sind in die nun vorliegende Prognose zwar ebenfalls regelmäßige, fiktive Bezügeanpassungen eingeflossen, erstmals aber realitätsbezogen beschränkt auf 1 v. H. und 2 v. H. Außerdem wird jeweils für diese beiden Szenarien angenommen, dass die linearen Anpassungen für die Jahre 2005 bis 2007 ausgesetzt werden. Es werden Verläufe aufgezeigt, in denen die Anpassungen der Besoldungs- und Versorgungsbezüge auf das Jahr 2006 oder 2007 oder 2008 hinausgeschoben werden und es dadurch für ein, zwei oder drei Jahre zu „Nullrunden“ kommen würde. Neben den Szenarien mit linearen Anpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. wird – wie in den letzten Jahren auch – die Entwicklung ohne jede lineare Anpassung dargestellt. Diese so genannte Strukturentwicklung ermöglicht die Betrachtung von strukturellen Effekten, aktuell die Hinterlegung der DAV 2004R, die sonst leicht durch lineare Anpassungen verdeckt werden. Dies ist insbesondere deswegen wichtig, weil die linearen Anpassungen immer im Licht der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung betrachtet werden müssen, deren Parameter – Bruttoinlandsprodukt oder Entwicklung der öffentlichen Haushalte – aber nur mit sehr großen Unsicherheiten über einen längeren Zeitraum vorher zu berechnen wären.

Zumindest für die Jahre 2005 bis 2007, in denen Prognoseverläufe ohne lineare Anpassung dargestellt werden, wird das Augenmerk auf die Strukturentwicklung zu richten sein; ab 2008 stehen dann wieder die Szenarien mit linearen Anpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. im Mittelpunkt der Betrachtung.

In der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse der Stufe 4/2005mod werden die Werte im Prognoseausgangsjahr 2005, zur Mitte des Prognosezeitraums im Jahr 2015 und im Prognoseendjahr 2025 durch Fettdruck kenntlich gemacht. Darüber hinaus werden die Werte in den Jahren, in denen sich ein Höchststand im jeweiligen Bereich ergibt, ebenfalls durch Fettdruck hervorgehoben, soweit dieses von besonderer Bedeutung ist. Auf Grund der Angabe des Höchststandes im jeweiligen Bereich ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Jahresangaben. Die Ausgaben im Text und in den Tabellen werden in Mio. Euro wiedergegeben.

In den Tabellen werden die Zahlen der erwarteten Berechtigten und die Ausgabenbeträge nicht durch Addition, bzw. die Differenzen nicht durch Subtraktion ermittelt. Jeder Bereich (Beamtenversorgung, Zusatzversorgung, Gesamtbereich) wird für sich berechnet, so dass Rundungsdifferenzen im Vergleich zum bloßen Additions- bzw. Subtraktionswert auftreten können. In den Grafiken sind unterschiedliche Skalierungen verwendet worden, um den Verlauf der einzelnen Darstellungen deutlich zu machen.

Die Prognose umfasst den Zeitraum von 2005 bis 2025.

1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse

Die nachfolgende Zusammenfassung der Stufe 4/2005mod der „Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ zeigt im wesentlichen, dass

- die Ausgabenentwicklung weiterhin überwiegend durch die Beamtenversorgung geprägt wird,
- die Ausgabenentwicklung im Beamtenbereich nach wie vor neben der demografischen Entwicklung maßgeblich durch die Einstellungen der Jahre zwischen 1960 und 1980, insbesondere im Bildungs- und Sicherheitsbereich bestimmt wird,
- die Hinterlegung der Sterbetafel DAV 2004R erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Ausgaben und die Empfängerzahlen hat.

Die Versorgungsausgaben werden auch weiterhin strukturell bedingt ansteigen. Die Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich und im Zusatzversorgungsbereich ist sowohl bei den Empfängerzahlen, als auch bei den Versorgungsausgaben gegenläufig. Während im Datenerfas-

sungsjahr das Verhältnis Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung bei 87,8 v. H. zu 12,2 v. H. liegt, liegt es im Mitteljahr des Prognosezeitraums 2015 bei 90,4 v. H. zu 9,6 v. H., im Jahr 2025 – Ende des Prognosezeitraums – wird das Verhältnis 92,2 v. H. zu 7,8 v. H. betragen.

Tabelle 1: Strukturentwicklung in Mio. Euro – Verhältnis Beamtenversorgung – Zusatzversorgung

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro				
	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2004	917	804	87,8	112	12,2
2005	936	824	88,0	113	12,0
2014	1.128	1.017	90,2	110	9,8
2015	1.139	1.029	90,4	109	9,6
2016	1.147	1.039	90,6	108	9,4
2024	1.169	1.075	92,0	93	8,0
2025	1.165	1.075	92,2	91	7,8

Das Verhältnis der Versorgungsberechtigten im Beamtenbereich und im Zusatzversorgungsbereich ist im Datenerfassungsjahr 2004 annähernd ausgeglichen (48,1 v. H. Beamtenversorgung zu 51,9 v. H. Zusatzversorgung), entwickelt sich dann aber gegenläufig: Zunahme bei der Beamtenversorgung – Abnahme bei der Zusatzversorgung.

Bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2025 wird der Anteil der Beamtenversorgungsempfänger an der Gesamtversorgungsempfängerzahl um 10,0 Prozentpunkte zunehmen, der Anteil der Zusatzversorgungsempfänger wird sich hingegen um 10,0 Prozentpunkte verringern.

Tabelle 2: Empfängerzahlen – Verhältnis Beamtenversorgung – Zusatzversorgung

Jahr	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2004	57.560	27.662	48,1	29.898	51,9
2005	58.133	28.191	48,5	29.942	51,5
2014	62.558	33.389	53,4	29.167	46,6
2015	62.552	33.662	53,8	28.890	46,2
2016	62.423	33.859	54,2	28.563	45,8
2023	60.248	34.465	57,2	25.782	42,8
2024	59.727	34.431	57,6	25.297	42,4
2025	59.119	34.333	58,1	24.787	41,9

Die Hinterlegung der neuen Basis-Sterbetafel DAV 2004R hat Auswirkungen sowohl auf die Empfängerzahlen als auch auf die Versorgungsausgaben. Die Zunahme der Berechtigtenzahlen fällt geringer aus als die der Versorgungsausgaben. Ein Vergleich der Stufe 3/2004 mit der Stufe 3/2004mod zeigt, dass bei den Empfängerzahlen zum Mitteljahr des Prognosezeitraums 2015 mit einer Zunahme um 1,2 v. H. zu rechnen ist, während für die Versorgungsausgaben¹⁾ ein Anstieg um 6,4 v. H. erwartet wird. Im Endjahr des Prognosezeitraums 2025 wird die Empfängerzahl um 910 Berechtigte (1,6 v. H.) angewachsen sein, während bei den Versorgungsausgaben¹⁾ mit einer Steigerung um 80 Mio. Euro (7,4 v. H.) gerechnet werden muss. Die Veränderungen der Stufe 3/2004 zu Stufe 3/2004mod durch die Hinterlegung der DAV 2004R sind nach Aussage von Prof. Dr. Pfeifer rein biometrischer Art. Die zusätzlichen Empfängerzahlen sind nicht als physische „zusätzliche“ Empfänger zu sehen, sondern als statistische Erwartungswerte aus der Wahrscheinlichkeitsverteilung für die Zufallsgröße „Empfängerzahlen“. Je nach Altersverteilung werden mit den Empfängerzahlen auch die Zahlbeträge anders gemittelt. D.h. beispielsweise, wenn unter den Beamten mit hohen Pensionsansprüchen solche Personen sind, die im Mittel länger leben, verteuern sich auch die

Gesamtversorgungsausgaben entsprechend überproportional. Vor diesem Hintergrund sind die ca. 80 Mio. Euro Mehrausgaben im Prognoseendjahr 2025 bei einem Zuwachs von „nur“ 910 Berechtigten zu verstehen.

¹⁾ Ein Vergleich der Strukturentwicklungen ist nur eingeschränkt möglich, da in der Stufe 3/2004 die nach dem Hmb-ZVG gesetzlich vorgeschriebene 1 v. H. Erhöhung der Versorgungsbezüge der Zusatzversorgungsempfänger noch nicht in die Strukturentwicklung einbezogen, sondern in der 1 v. H. Variante ausgewiesen war. Für die Stufe 3/2004 muss daher in der Strukturentwicklung von höheren Zahlen ausgegangen werden, so dass sich die Differenz zwischen den Stufen 3/2004 und 3/2004mod verringert.

Tabelle 3: Vergleich Gesamtausgaben Strukturentwicklung¹ und Empfängerzahlen der Stufe 3/2004 und Stufe 3/2004mod

Jahr	DAV 94 R	DAV 2004R	DAV 94 R	DAV 2004R
	Stufe 3/2004 ¹	Stufe 3/2004 modifiziert	Stufe 3/2004	Stufe 3/2004 modifiziert
	Strukturentwicklung in Mio. Euro		Empfängerzahlen	
2003	891	900	57.310	57.310
2004	915	920	57.769	57.833
2005	936	948	58.685	58.816
2006	956	976	59.573	59.773
2014	1.063	1.127	61.769	62.449
2015	1.070	1.138	61.685	62.408
2016	1.075	1.145	61.495	62.256
2022	1.086	1.164	59.473	60.382
2023	1.086	1.165	59.010	59.926
2024	1.084	1.163	58.468	59.385
2025	1.080	1.160	57.840	58.750

2. Datengrundlage

Wie in den Vorjahren wird die diesjährige Prognose auf der Basis von personenbezogenen, anonymisierten Daten der aktiven und passiven Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. deren Hinterbliebenen, deren Versorgungsbezüge zulasten des Kernhaushalts verbucht werden, erstellt². In den Datensätzen sind dementsprechend die Beschäftigten des UKE nicht enthalten; ebenso wenig sind die Beschäftigten der Landesbetriebe (§ 26 LHO) berücksichtigt, die Pensionsrückstellungen bilden müssen, und die Verpflichtungen rechtlich selbständiger Einrichtungen, für die Hamburg als Gewährsträger kraft Gesetzes (Anstalten öffentlichen Rechts) oder durch Bürgschaften haftet, mit einem Gesamtvolumen nicht passivierter Versorgungsansparungen (keine Verpflichtung zum Ausweis) per Ende des Jahres 2004 von 830,590 Mio. Euro. Hinzu kommen 584,121 Mio. Euro Pensionsrückstellungen, die über Garantieerklärungen/Zusagen der Stadt abgesichert sind und damit aktiviert werden können. Der höhere Betrag gegenüber 1999 erklärt sich im Wesentlichen durch weitere Ausgliederungen (StaLA, dataport u. a.).

Grundsätzlich sind alle aktiv Beschäftigten und alle Versorgungsberechtigten einbezogen, die für Dezember 2004 Bezüge von der Freien und Hansestadt Hamburg erhalten haben.

Nicht in den Personenbestand aufgenommen sind die Waisen und die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Erfasst werden ausschließlich die Versorgungsausgaben. Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Versorgungsausgleiche an Sozialversicherungsträger und Zuführungen an Versorgungsrücklagen sind nicht enthalten.

Die Bezügeanpassungen für die Jahre 2003 und 2004 um insgesamt 4,4 v.H., geregelt durch das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 (BBVAnpG 2003/2004), waren bereits Bestandteil der letzten Prognose. Seit der Berichterstattung im Jahr 2004 über die Prognose Stufe 3/2004 mit Drucksache 18/696 gab es keine weitere lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge, so dass in dieser Hinsicht keine Veränderung der Strukturentwicklung in der vorliegenden Prognose zu verzeichnen ist. Stichtag für die Datenerhebung ist der 1. Dezember 2004.

Zur Aktualisierung seiner Berechnungsgrundlagen hat Prof. Dr. Pfeifer die von der DAV neu erstellte und in 2004 veröffentlichte Basis-Sterbetafel „DAV 2004 R“ in das Prognoseinstrument integriert. Es ist daher vorgesehen, die DAV 2004R auch für künftige Prognosen anzuwenden.

3. Änderungen in der Stufe 4/2005mod Hinterlegung einer neuen Sterbetafel der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. (DAV)

Die nachhaltige Sicherung der Sozialversicherung steht auch in der öffentlichen Diskussion in einem engen Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung bzw. dem demografischen Wandel.

Neben den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen ist die demografische Entwicklung eine Ursache für künftige Ausgabensteigerungen in den Versorgungssystemen: Bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung ist die Geburtenrate in Deutschland erheblich zurückgegangen. Von diesem demografischen Wandel unserer Gesellschaft sind neben der gesetzlichen Rentenversicherung

¹) Ein Vergleich der Strukturentwicklungen ist nur eingeschränkt möglich, da in der Stufe 3/2004 die nach dem Hmb-ZVG gesetzlich vorgeschriebene 1 v.H. Erhöhung der Versorgungsbezüge der Zusatzversorgungsempfänger noch nicht in die Strukturentwicklung einbezogen, sondern in der 1 v.H. Variante ausgewiesen war. Für die Stufe 3/2004 muss daher in der Strukturentwicklung von höheren Zahlen ausgegangen werden, so dass sich die Differenz zwischen den Stufen 3/2004 und 3/2004mod verringert.

²) Nachrichtlich: Durch die Anwendung aktualisierter Sterbetafeln erhöhen sich auch die Rückstellungsbedarfe für die betriebliche Altersversorgung. Für die kaufmännisch ausgerichteten Landesbetriebe, Beteiligungen und Anstalten öffentlichen Rechts sind – in Abhängigkeit von der Altersstruktur und deren betrieblicher Altersversorgung – für die Folgejahre höhere Rückstellungsbedarfe zu erwarten, die das jeweilige Betriebsergebnis schmälern. Der in der Bilanz für den „Konzern Hamburg“ bisher für Pensionsrückstellungen etc. auszuweisende Bedarf (bisher ca. 17 Mrd. Euro, siehe Seite 18 der Drs. 18/1695 v. 4. Februar 2005 Bericht des Haushaltsausschusses über den Sachstand des Projekts „Doppik“ zur Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Selbstbefassung) würde sich um rd. 2 Mrd. Euro erhöhen. Hierüber wird der Senat im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2006, die im Herbst 2006 vorgelegt wird, berichten.

auch die Versorgungssysteme des öffentlichen Dienstes betroffen. Mit der längeren Lebenserwartung der Menschen erhöht sich zwangsläufig auch die durchschnittliche Bezugsdauer von Versorgungsleistungen.

Die Arbeitsgruppe „Biometrische Rechnungsgrundlagen“ der DAV hat Untersuchungen vorgenommen, ob die Notwendigkeit besteht, eine neue Sterbetafel für die Berechnungen der Prämien und Deckungsrückstellungen von Rentenversicherungen zu entwickeln. Hierzu hat sie neben den Daten von Versicherungsgesellschaften auch neuere abgekürzte Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes in ihren Untersuchungen berücksichtigt. Dieses Datenmaterial ermöglichte eine eingehende Überprüfung der „alten“ Sterbetafel DAV 94R. Die differenzierten Ergebnisse zu den Versichertenbeständen und die aktuellen Erkenntnisse zum Sterblichkeitstrend waren der Grund dafür, dass die DAV neue Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeitstafeln) erarbeitet hat. Die Sterbetafel DAV 2004R ist für Versicherungen mit Erlebensfallcharakter (Rentenversicherungen) eine geeignete Rechnungsgrundlage. Sie weist gegenüber der alten Renten Sterbetafel aus dem Jahr 1994 ein Endalter von 120 Jahren, vorher 110 Jahre, auf. Damit ist tendenziell die Annahme einer höheren Lebenserwartung verbunden.

In der von Prof. Dr. Pfeifer vorgelegten Prognose stellen die Prognosewerte mathematisch gesehen die Summe der Erwartungswerte der zukünftigen Versorgungskosten dar. Sie sind für jede einzelne Person erfasst, d. h. für den Passivbereich sind es der Berechtigte selbst bzw. dessen Hinterbliebene, für den Aktivbereich sind es die innerhalb des Prognosezeitraums ausscheidenden Personen bzw. bei vorzeitigem Versterben deren Hinterbliebene. Aus diesem Grund hatte Prof. Dr. Pfeifer bereits im Jahr 2000 den Berechnungen der Prognose nach dem Grundmodell für die beiden Ausscheidemöglichkeiten Tod und Invalidität die Sterbetafel 94R, die Invaliden Sterbetafel TI94 und die

Invalidentafel I94 der DAV zu Grunde gelegt. Seit der Stufe 2 im Jahr 2002 hat er zusätzlich ein Trendmodul integriert, das ebenfalls von der DAV entwickelt wurde und in den Bereichen der Versicherungen Verwendung findet. Während mit dem Trendmodul eine fiktive Annahme über die Sterblichkeit dargestellt wird, abhängig beispielsweise davon, ob die medizinische Versorgung weiterhin so gut ist oder aber in Zukunft abnimmt, wird eine Sterbetafel aus der Erhebung empirischer Daten erstellt. Eine Sterbetafel sagt aus, mit welcher erwarteten Wahrscheinlichkeit ein Individuum mit bestimmten Eigenschaften (z. B. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe und zu einem bestimmten Geschlecht) ein bestimmtes höheres Alter erreichen wird oder erreicht hätte, d. h. Sterbetafeln zeigen, wie sich eine Bevölkerung mit festem (in der Regel gleich groß vorgegebenem) Bestand Neugeborener reduziert.

Bis zur Prognose Stufe 3/2004 waren die Basis – Sterbe- und Invalidentafeln der DAV – Typen T, R und TI aus dem Jahr 1994 Grundlage der von Prof. Dr. Pfeifer vorgelegten Prognoseberechnungen. Für die nun vorliegende Prognose über den Zeitraum 2005 bis 2025 hat Prof. Dr. Pfeifer die neue Basis-Sterbetafel „DAV 2004R“ in das Prognoseinstrument integriert, um dem Trend steigender Lebenserwartung Rechnung zu tragen und künftige Verschiebungen der Sterblichkeiten in dem zu Grunde gelegten hamburgischen Datenbestand angemessen zu berücksichtigen. Die Invaliden Sterbetafel TI94 und die Invalidentafel I94 sind von der DAV nicht durch neue Tafeln ersetzt worden, d. h. sie sind weiterhin im Prognoseinstrument hinterlegt.

Die folgende Tabelle 4 zeigt einen Vergleich der Lebenserwartung von Männern und Frauen der Geburtsjahrgänge 1925, 1940, 1945, 1950, 1960, 1970 und 2004 nach den Sterbetafeln DAV 94R und DAV 2004R:

Tabelle 4: Vergleich der Lebenserwartung Sterbetafel DAV 94R und DAV 2004R

Geburtsjahr	Lebenserwartung			
	Männer		Frauen	
	DAV 94 R	DAV 2004 R	DAV 94 R	DAV 2004 R
1925	88,60 Jahre	88,87 Jahre	90,55 Jahre	90,91 Jahre
1940	83,98 Jahre	84,87 Jahre	87,67 Jahre	88,23 Jahre
1945	83,13 Jahre	84,19 Jahre	87,27 Jahre	87,78 Jahre
1950	82,45 Jahre	83,62 Jahre	86,94 Jahre	87,41 Jahre
1960	81,60 Jahre	82,78 Jahre	86,46 Jahre	86,86 Jahre
1970	81,16 Jahre	82,30 Jahre	86,23 Jahre	86,55 Jahre
2004	80,35 Jahre	81,27 Jahre	85,88 Jahre	85,94 Jahre

In der Tabelle wird aufgezeigt, dass die jüngeren Jahrgänge eine niedrigere Lebenserwartung haben als die älteren. Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass die Lebenserwartung mit zunehmendem Alter der noch lebenden Personen steigt. Beispiel: Ein Jahrgang (1945) hatte bei der Geburt eine Lebenserwartung von 75 Jahren. Nach 60 Jahren ist jedoch ein Teil bereits verstorben, der in der ursprünglichen Erwartung enthalten war. Die noch lebende Altersgruppe der heute 60-jährigen hat, da sie nun nicht mehr den Risiken unterworfen ist, die bis zum 60. Lebensjahr auftreten, heute eine um 10 Jahre höhere Lebenserwartung als im Geburtsjahr 1945, sie liegt im Schnitt bei über 85 Jahren; d. h., ein 1945 geborener Mann kann statistisch damit rechnen, dass er 84,19 Jahre alt wird, eine Frau, dass sie 87,78 Jahre alt wird.

Um darzustellen, wie sich die Sterbetafel DAV 2004 R auf die Versorgungszahlungen und die Empfängerzahlen auswirkt, hat Prof. Dr. Pfeifer eine Modifizierung der Prognose des letzten Jahres – Stufe 3/2004 – mit der Sterbetafel DAV 2004R vorgenommen (siehe hierzu Tabelle 3). Um die einzelnen Prognosestufen den Sterbetafeln besser zuordnen und besser differenzieren zu können, wird die Bezeichnung der Modifizierung „mod“ der jeweiligen Stufe angefügt. Die Prognose wird mit der diesjährigen Stufe 4/2005mod fortgeschrieben.

In dem Vergleich der Stufe 3/2004 und der diesjährigen Stufe 4/2005mod sind neben den Auswirkungen durch die Hinterlegung der DAV 2004 R auch geringfügige, strukturelle Veränderungen auf Grund der Datenerhebungsstichtage 1. Dezember 2003 und

1. Dezember 2004 mit eingeflossen. Bei dem Vergleich der Stufe 3/2004 mit Stufe 4/2005mod gilt auch an dieser Stelle eine eingeschränkte Vergleichsmöglichkeit³⁾. Die Ausgaben liegen im Datenerfassungsjahr 2004 in der Stufe 4/2005mod um 2 Mio. Euro höher als in der Stufe 3/2004

für das Prognoseausgangsjahr 2004 prognostiziert. Im Mitteljahr des Prognosezeitraums 2015 werden 69 Mio. Euro Mehrausgaben erwartet und für das Endjahr des Prognosezeitraums 2025 ist mit Mehrausgaben in Höhe von 85 Mio. Euro zu rechnen.

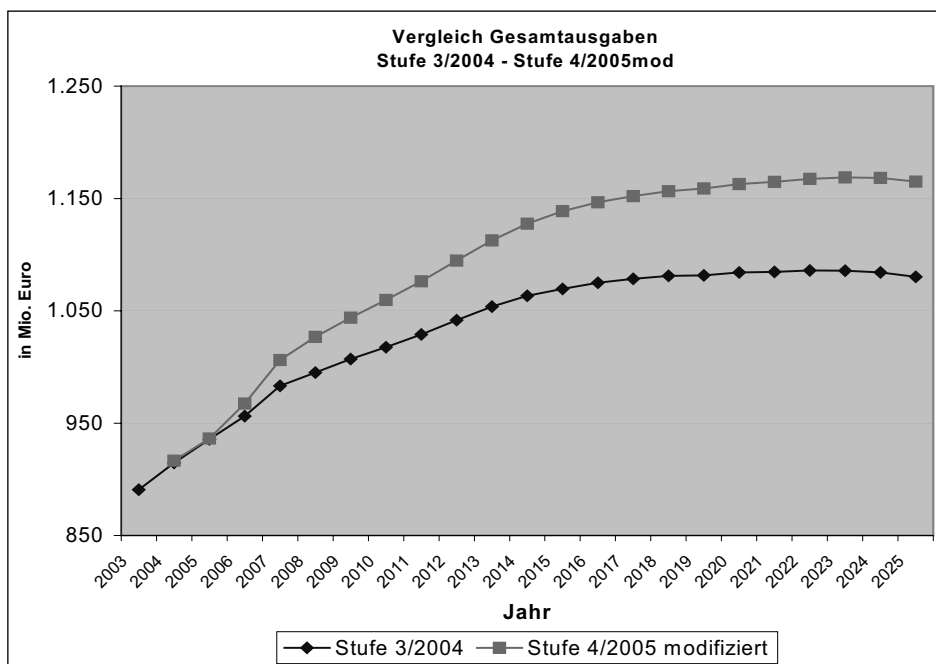
Tabelle 5: Gesamtausgaben Strukturentwicklung³ in Mio. Euro – Vergleich der Stufe 3/2004 – Stufe 4/2005mod

Jahr	DAV 94 R	DAV 2004 R
	Stufe 3/2004 ³	Stufe 4/2005 modifiziert
	Strukturentwicklung in Mio. Euro	
2003	891	
2004	915	917
2005	936	936
2006	956	967
2014	1.063	1.128
2015	1.070	1.139
2016	1.075	1.147
2022	1.086	1.168
2023	1.086	1.169
2024	1.084	1.169
2025	1.080	1.165

Nachfolgend wird der Vergleich Stufe 3/2004 – Stufe 4/2005mod grafisch dargestellt. Deutlich ist zu erkennen, wie sich die Sterbetafel DAV 2004R auf die Ausgaben auswirkt. Der Höchststand bei den Gesamtausgaben ist zum

Ende des Prognosezeitraums hin zu erwarten: In der Stufe 3/2004 mit 1.086 Mio. Euro in den Jahren 2022 und 2023, in der Stufe 4/2005mod liegt er um ein Jahr verschoben mit 1.169 Mio. Euro in den Jahren 2023 und 2024.

Grafik 1: Gesamtausgaben Strukturentwicklung in Mio. Euro – Vergleich der Stufe 3/2004 -Stufe 4/2005mod



Bei den Empfängerzahlen zeigen sich folgende Auswirkungen durch die neue Sterbetafel DAV 2004R: Bis zum Jahr 2007 liegen die Empfängerzahlen in der Stufe 4/2005mod zunächst unter denen der Stufe 3/2004, ab dem Jahr 2008 über der Stufe des letzten Jahres. Der Höchststand der erwarteten Berechtigtenzahlen liegt in den beiden vorliegenden Stufen im Jahr 2014 und nimmt dann bis zum Ende des Prognosezeitraums kontinuierlich ab. Während in der Stufe 4/2005mod bis zum Jahr 2014

(Höchststand) ein prozentualer Zuwachs von 8,7 v.H. bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2004 zu verzeichnen ist, werden die Empfängerzahlen bis zum Ende des Prognosezeitraums 2025 so weit abnehmen, dass sie im Jahr 2025 nur noch um 2,7 v. H. höher liegen als im Datenerfassungsjahr 2004.

³⁾ Ein Vergleich der Strukturentwicklungen ist nur eingeschränkt möglich – siehe Fußnote 1

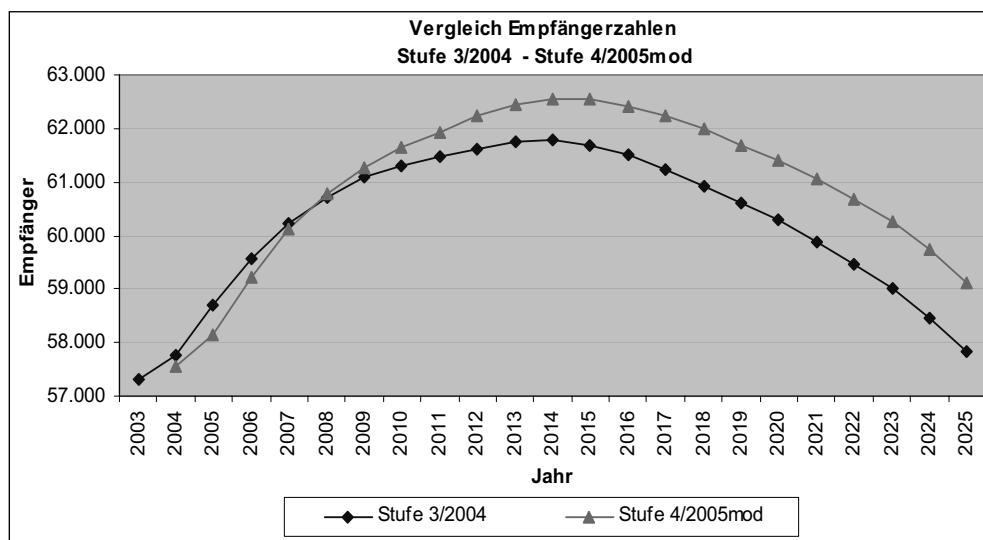
Tabelle 6: Vergleich der Gesamtempfängerzahlen Stufe 3/2004 – Stufe 4/2005mod

Jahr	DAV 94 R	DAV 2004 R
	Stufe 3/2004	Stufe 4/2005 modifiziert
	Gesamtempfängerzahl	
2003	57.310	
2004	57.769	57.560
2005	58.685	58.133
2007	60.222	60.109
2008	60.725	60.787
2014	61.769	62.558
2015	61.685	62.552
2016	61.495	62.423
2024	58.468	59.727
2025	57.840	59.119

Auch an dieser Stelle zeigt sich, dass die Veränderungen durch die Hinterlegung der Sterbetafel DAV 2004 R biometrischer Art sind (siehe hierzu die Ausführungen unter Ziffer 1, Seite 3). In der Grafik ist deutlich zu erkennen, wie sich die Verläufe der Empfängerzahlen der Stufe

3/2004 und der Stufe 4/2005mod zwischen den Jahren 2007 und 2008 kreuzen und, nachdem der Höchststand für beide Stufen erreicht ist, bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2025 nahezu parallel abnehmen.

Grafik 2: Empfängerzahlen – Vergleich der Stufe 3/2004 - Stufe 4/2005mod



4. Prognoseergebnisse der Stufe 4/2005mod im Einzelnen

Die Gesamtversorgungsausgaben setzen sich aus denen für die Beamtenversorgung und denen für die Zusatzversorgung zusammen. Sie tragen in unterschiedlichem Maß zur Gesamtausgabenentwicklung bei. Die Beamtenversorgung ist als ausschließliche Altersversorgung angelegt, während die Zusatzversorgung als betriebliche Altersversorgung zur gesetzlichen Rente hinzutritt. Dementsprechend beträgt das Verhältnis der Ausgaben der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung im Jahr 2004 etwa 87,8 v. H. zu 12,2 v. H., im Endjahr des Prognosezeitraums 2025 liegt das Verhältnis bei 92,2 v. H. zu 7,8 v. H.

4.1 Gesamtentwicklungen

Die Gesamtzahl der erwarteten Versorgungsberechtigten liegt im Datenerfassungsjahr 2004 mit 57.560 Berechtigten leicht über der der Vorjahresprognose Stufe 3/2004 (57.310 Versorgungsberechtigten). Der Unterschied ergibt sich aus strukturellen Bestandsveränderungen in den Datenerfas-

sungsjahren 2003 und 2004 sowie durch die neue Sterbetafel DAV 2004 R.

Die Entwicklungen im Beamtenversorgungsbereich und im Zusatzversorgungsbereich sind gegenläufig. Während sich die Empfängerzahlen im Beamtenversorgungsbereich von 27.662 im Datenerfassungsjahr 2004 bis auf 34.333 im Prognoseendjahr 2025 erhöhen werden, wird sich die Zahl der Berechtigten im Zusatzversorgungsbereich von 29.898 im Datenerfassungsjahr 2004 bis auf 24.787 im Prognoseendjahr 2025 verringern. Prozentual gesehen liegt der Anteil der Berechtigten in der Beamtenversorgung an der Gesamtzahl der Versorgungsempfänger im Datenerfassungsjahr 2004 mit 48,1 v. H. unter dem der Zusatzversorgung von 51,9 v. H. Im Endjahr der Prognose 2025 ist der Anteil der Versorgungsempfänger zur Gesamtempfängerzahl im Beamtenversorgungsbereich um 10,0 Prozentpunkte angestiegen und liegt dann bei 58,1 v. H. Der prozentuale Anteil der Zusatzversorgung wird für den gleichen Zeitraum um 10,0 Prozentpunkte auf 41,9 v. H. der Gesamtberechtigten gesunken sein.

Der Höchststand der Berechtigtenzahl wird mit 62.558 Empfänger im Jahr 2014 zu erwarten sein. In der Beamtenversorgung liegt er mit 34.465 Empfängern im Jahr 2023

und in der Zusatzversorgung mit 30.140 Empfängern bereits 15 Jahre früher, im Jahr 2008.

Tabelle 7: Gesamtzahl der Versorgungsempfänger – Vergleich: Zusatzversorgung – Beamtenversorgung

Jahr	Anzahl der Berechtigten		
	Stufe 4/2005mod		
	gesamt	Zusatzversorgung	Beamtenversorgung
2004	57.560	29.898	27.662
2005	58.133	29.942	28.191
2006	59.216	30.049	29.168
2007	60.109	30.130	29.980
2008	60.787	30.140	30.647
2014	62.558	29.167	33.389
2015	62.552	28.890	33.662
2016	62.423	28.563	33.859
2023	60.248	25.782	34.465
2024	59.727	25.297	34.431
2025	59.119	24.787	34.333

Die Gesamtausgaben der Strukturentwicklung liegen im Datenerfassungsjahr 2004 bei 917 Mio. Euro und im ersten Jahr der Prognose (2005) bei 936 Mio. Euro. Bis zum Ende des Prognosezeitraums (2025) werden Ausgaben in Höhe von 1.165 Mio. Euro erwartet. Im Beamtenbereich beträgt der Ausgangswert im Datenerfassungsjahr 2004 804 Mio. Euro, steigt bis zum Mitteljahr des Prognosezeitraums 2015 auf 1.029 Mio. Euro an, und im Endjahr der Prognose 2025 ist mit Ausgaben in Höhe von 1.075 Mio. Euro zu rechnen. Im Zusatzversorgungsbereich verringern sich die Ausgaben von 112 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 109 Mio. Euro im Prognosemitteljahr 2015 und auf 91 Mio. Euro im Endjahr der Prognose 2025.

Die prozentuale Steigerung der Gesamtausgaben in der Strukturentwicklung beträgt zum Mitteljahr des Prognosezeitraums 2015 bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2004 24,3 v. H. und bis zum Prognoseendjahr 2025 wird mit einer Steigerung von 27,1 v. H. zu rechnen sein. Für den Beamtenversorgungsbereich werden Ausgaben erwartet, die im Jahr 2015 um 28,0 v. H. und im Endjahr der Prognose 2025 um 33,6 v. H. über denen des Datenerfassungsjahres 2004 liegen. Im Zusatzversorgungsbereich gehen die Ausgaben dagegen stetig zurück. Bis zum Prognosemitteljahr 2015 werden sie 2,5 v. H. niedriger liegen als im Datenerfassungsjahr 2004 und im Endjahr des Prognosezeitraums 2025 werden Ausgaben zu verzeichnen sein, die um 19,2 v. H. niedriger liegen als 2004.

Tabelle 8: Prozentuale Veränderung der Strukturentwicklungen

Zeitraum von - bis	Strukturentwicklung in v. H.		
	Gesamt	Zusatz-Versorgung	Beamten-Versorgung
2004 - 2015	24,3	- 2,5	28,0
2004 - 2025	27,1	- 19,2	33,6

Im Zusatzversorgungsbereich ist das Ruhegeld der vorhandenen Versorgungsempfänger nicht mehr von den Tarifanpassungen des öffentlichen Dienstes abhängig. Eine Erhöhung des Ruhegeldes ist von Gesetzes wegen dauerhaft mit 1 v. H. – jeweils zum Juli eines Jahres – im Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG) festgeschrieben und in der Prognose für diesen Bereich in der Strukturentwicklung bereits berücksichtigt.

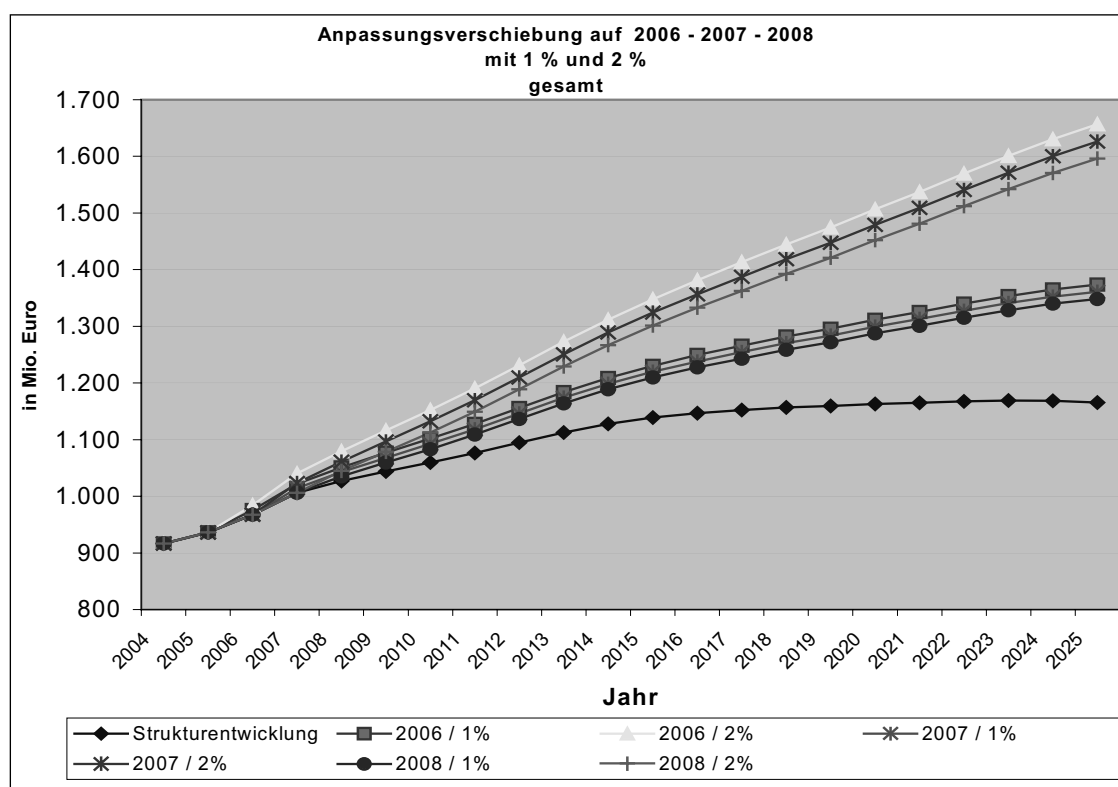
Die Länder haben zurzeit noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob und inwieweit das Tarifiergebnis für den öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen auf ihre Arbeitnehmer übertragen wird. Offen ist ebenfalls, ob der Bund dieses Tarifiergebnis auf den Beamtenbereich übertragen wird. Um dennoch eine Entwicklung linearer Anpassungen einschätzen zu können, wird eine Prognose mit linearen Anpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. dargestellt. Die folgende Tabelle 9 zeigt zum einen die Strukturentwicklungen für die Gesamtausgaben, für den Zusatzversorgungs- und den Beamtenversorgungsbereich und zum anderen, wie sich die Gesamtausgaben entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die aktiven Arbeitnehmer tarifliche Erhöhungen und für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger lineare Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 1 v. H. oder 2 v. H., erstmals für das Jahr 2006 (d. h. für 2005 keine lineare Erhöhung) oder erst wieder für 2007 (d. h. für 2005 und 2006 keine linearen Erhöhungen) oder aber erst für 2008 (d. h. für 2005 bis 2007 keine linearen Erhöhungen) geben würde.

In der Tabelle 9 zeigt sich in den Jahren 2005 bis 2007 deutlich, wie sich die Beträge der Gesamtstrukturentwicklung halten, wenn keine lineare Anpassung vorgesehen ist. In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Weiter ist zu erkennen, wie die Ausgaben von Jahr zu Jahr geringer werden, je weiter die lineare Anpassung hinausgeschoben wird und je öfter es eine so genannte „Nullrunde“ gibt. Bei einer linearen Anpassung von 1 v. H. im Jahr 2006 werden zum Prognosemitteljahr 2015 Ausgaben in Höhe von 1.226 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung auf das Jahr 2007 sind Ausgaben in Höhe von 1.217 Mio. Euro zu erwarten, mithin 9 Mio. Euro weniger und bei einer Verschiebung auf das Jahr 2008 ist mit noch einmal 9 Mio. Euro weniger Ausgaben zu rechnen. Für das Endjahr der Prognose liegt die rechnerische Differenz zwischen den Jahren 2006 und 2007 bei 10 Mio. Euro und zwischen den Jahren 2007 und 2008 ebenfalls bei 10 Mio. Euro. Nachfolgend wird die Tabelle 9 grafisch umgesetzt. In der Grafik 3 zeigen sich neben den beiden Hauptströmungen der 1 v. H. und 2 v. H. fiktiven linearen Anpassungen auch die „Nullrunden“ durch Verschiebung nach unten.

Tabelle 9: Strukturentwicklungen und Verschiebung linearer Erhöhungen in Mio. Euro – Gesamtbereich

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro			Ausgaben bei linearen Anpassungen in Mio. Euro					
	gesamt	Zusatzversorgung	Beamtenversorgung	ab 2006		ab 2007		ab 2008	
				2006/1%	2006/2%	2007/1%	2007/2%	2008/1%	2008/2%
2004	917	112	804	917	917	917	917	917	917
2005	936	113	824	936	936	936	936	936	936
2006	967	113	854	974	983	967	967	967	967
2007	1.006	114	893	1.021	1.039	1.013	1.022	1.006	1.006
2008	1.027	114	913	1.049	1.077	1.042	1.060	1.034	1.044
2009	1.044	113	931	1.074	1.113	1.067	1.096	1.059	1.078
2014	1.128	110	1.017	1.204	1.307	1.196	1.286	1.187	1.265
2015	1.139	109	1.029	1.226	1.342	1.217	1.321	1.208	1.299
2024	1.169	93	1.075	1.365	1.631	1.355	1.603	1.345	1.577
2025	1.165	91	1.075	1.375	1.659	1.365	1.631	1.355	1.603

Grafik 3: Gesamtstrukturentwicklung mit linearer Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



4.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich

Im Beamtenbereich resultieren aus dem Dienst- und Treueverhältnis einerseits die Pflicht zur ausschließlichen Dienstleistung und andererseits der Anspruch auf lebenslange amtsangemessene Alimentation. Diese umfasst Besoldung und Versorgung und soll auch im Alter die Abdeckung des Lebensunterhaltes gewährleisten. Die Höhe der Versorgung bemisst sich nach den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen sowie der ruhegehaltfähigen Dienstzeit. Ruhegehaltfähig sind die Dienstbezüge des letzten Amtes, sofern sie mindestens 3 Jahre vor dem Eintritt in den Ruhestand gezahlt worden sind.

Eine der letzten Maßnahmen zur Ausgabendämpfung im Versorgungsbereich war das Versorgungsänderungsgesetz

2001 (VersÄndG 2001). Mit diesem Gesetz werden die Maßnahmen der Rentenreform systemgerecht und wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen. Zur Senkung des Versorgungsniveaus wird bei den acht ab dem Jahre 2003 folgenden linearen Anpassungen die Erhöhung der Versorgungsbezüge in gleichen Schritten abgeflacht.

Durch diesen geringeren Anstieg des Zuwachses werden die Ruhegehälter abgesenkt. Dabei sinkt beispielsweise der Höchstruhegehaltssatz von 75 v.H. auf 71,75 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge; entsprechend sinkt auch der jährliche Steigerungssatz für jedes ruhegehaltfähige Dienstjahr von 1,875 v. H. auf 1,79375 v. H. Mit dem Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 (BBVAnpG 2003/2004) ist erstmals die Wirkung des VersÄndG 2001 bei linearen Anpassungen real zum Tragen

gekommen. Auf Grund der linearen Anpassung im Jahr 2003 und der zweimaligen linearen Anpassung im Jahr 2004 ist der Absenkungseffekt bisher dreimal wirksam geworden. Mit jeder weiteren Anpassung wird das Versorgungsniveau unmittelbar um 0,54125 v.H. gesenkt; dies geschieht bis zu einer Niveauabsenkung von 4,33 v.H., die mit der achten linearen Anpassung erreicht wird. Auf Grund der drei linearen Anpassungen 2003/2004 liegt der „rechnerische“ Höchstruhegehaltssatz zurzeit bei 73,78 v.H. Jede weitere Absenkung des Höchstruhegehaltssatzes ist von linearen Bezügeanpassungen abhängig.

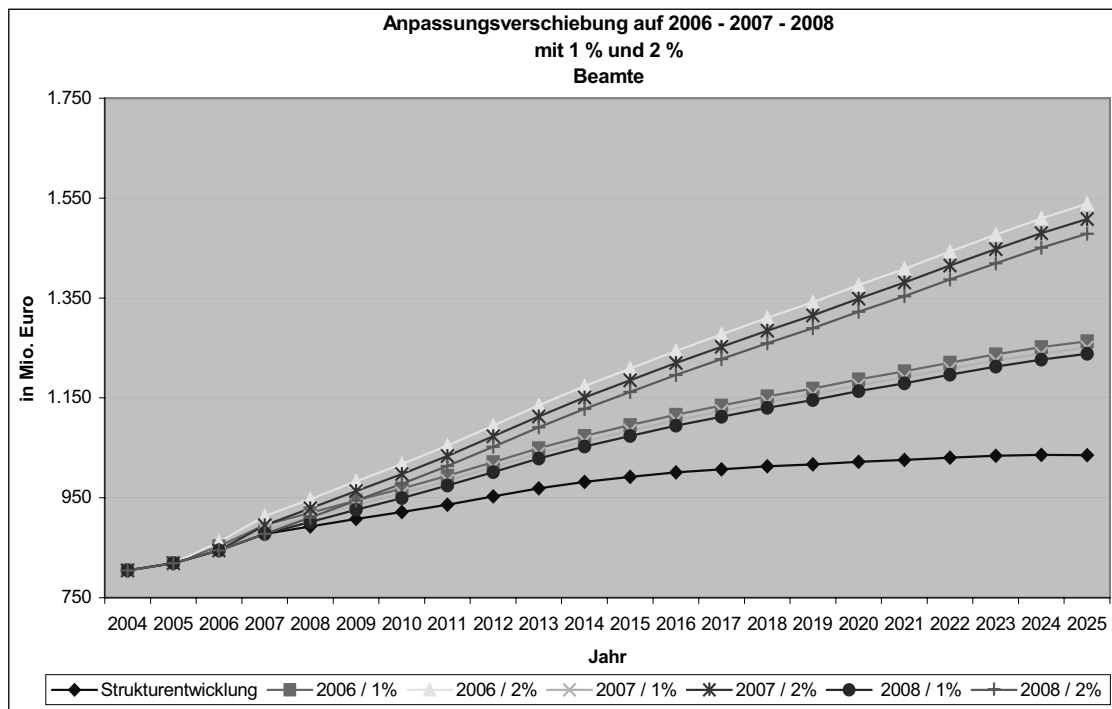
Die Zahl erwarteter Beamtenversorgungsempfängerinnen und -empfänger wird von 27.662 im Jahr 2004 den Höchststand von 34.465 Berechtigten im Jahr 2023 erreichen. Bis zum Prognoseendjahr 2025 ist ein leichter Rückgang auf 34.333 Berechtigte zu erwarten. Die Versorgungsausgaben werden in der Strukturentwicklung von 804 Mio. Euro im Datenerfassungsjahr 2004 bis auf 1.075 Mio. Euro im Endjahr der Prognose 2025 steigen. Die Entwicklung der Ausgaben stellt sich für die Strukturentwicklung sowie für die Szenarien von 1 v.H. und 2 v.H. mit einer Anpassungsverschiebung auf die Jahre 2006 – 2007 – 2008 wie folgt dar:

Tabelle 10: Entwicklung im Beamtenbereich -Berechtigtenzahlen und Ausgaben mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro

Jahr	Berechtigte	Struktur entwicklung in Mio. Euro	Ausgaben bei linearen Anpassungen in Mio. Euro					
			ab 2006		ab 2007		ab 2008	
			2006 / 1%	2006 / 2%	2007 / 1%	2007 / 2%	2008 / 1%	2008 / 2%
2004	27.662	804	804	804	804	804	804	804
2005	28.191	824	824	824	824	824	824	824
2006	29.168	854	861	870	854	854	854	854
2007	29.980	893	907	925	900	909	893	893
2008	30.647	913	935	963	928	946	921	930
2014	33.389	1.017	1.093	1.194	1.084	1.173	1.075	1.152
2015	33.662	1.029	1.115	1.230	1.106	1.208	1.097	1.187
2016	33.859	1.039	1.134	1.263	1.125	1.241	1.116	1.219
2023	34.465	1.073	1.254	1.497	1.244	1.470	1.234	1.444
2024	34.431	1.075	1.268	1.529	1.258	1.502	1.248	1.476
2025	34.333	1.075	1.280	1.559	1.270	1.532	1.260	1.505

Die Grafik 4 verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Anpassungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt gleichzeitig, wie sich die Verschiebung fiktiver linearer Anpassungen auswirkt.

Grafik 4: Ausgabenentwicklung Beamtenversorgungsbereich mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



In der Strukturentwicklung, in der die Ausgaben ohne jede lineare Anpassung dargestellt sind, ist mit einem Anstieg der Versorgungsausgaben bis zum Mitteljahr des Prognose-

zeitraums 2015 von 28,0 v.H. zu rechnen, bis zum Ende des Prognosezeitraums 2025 werden sie aber insgesamt um 1/3 steigen (33,6 v.H.). Im gleichen Zeitraum liegt der

Anstieg der Empfängerzahlen im Jahr 2015 bei 21,7 v. H. und im Endjahr des Prognosezeitraums 2025 bei 24,1 v. H. Ein Grund für das Maß der Zunahme in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums bis 2015 ist darin zu sehen, dass es im Zeitraum von 1960 bis 1980 vorwiegend im Bildungsbereich vermehrt zu Stellenausweitungen kam. Die in diesem Bereich bis 2015 in den Ruhestand tretenden Personen kommen als Lehrkräfte vorwiegend aus dem höheren Dienst, so dass hier die Versorgungsbezüge ausgabenintensiv in die Prognose einfließen.

In der folgenden Tabelle 11 wird der Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2004 – 2015) und für den Gesamtprognosezeitraum (2004 – 2025) in Verbindung mit der Verschiebung linearer Anpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. auf die Jahre 2006 – 2007 – 2008 aufgezeigt. In dieser Übersicht wird deutlich, inwieweit das Wachsen der Versorgungsausgaben von linearen Erhöhungen abhängig ist. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2004 mit einem Betrag von 804 Mio. Euro.

Tabelle 11: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Beamtenversorgung

Zeitraum von - bis	Struktur- Entwicklung	lineare Erhöhung ab	Prozentuale Erhöhung der Ausgaben bei linearer Erhöhung von	
			1 v. H.	2 v. H.
			in v. H.	
2004 - 2015	28,0	ohne	-	-
2004 - 2025	33,6	ohne	-	-
2004 - 2015	-	2006	38,6	52,9
2004 - 2025	-	2006	59,2	93,8
2004 - 2015	-	2007	37,5	50,2
2004 - 2025	-	2007	57,9	90,4
2004 - 2015	-	2008	36,4	47,6
2004 - 2025	-	2008	56,7	87,0

4.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die hamburgischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) erhalten im Versorgungsfall neben ihrer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgung nach dem Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG). Die umfassende Neuordnung (siehe Drs. 17/1659) der Zusatzversorgung zum 1. August 2003 durch das HmbZVG wirkt sich bereits unmittelbar auf die vorhandenen Versorgten sowie auf die Anwartschaften der noch aktiv Beschäftigten aus. Auf alle am 31. Juli 2003 vorhandenen Versorgungsberechtigten sind die Regelungen des Ersten Ruhegeldgesetzes (1. RGG) angewandt worden. Versorgungsfälle nach dem Zweiten Ruhegeldgesetz (2. RGG) sind dagegen bis zum Inkrafttreten des HmbZVG, in welchem das 2. RGG aufgegangen ist, nicht aufgetreten. Die Bezüge aller Versorgungsberechtigten sind bestimm-

ungsgemäß zum Juli 2005 pauschal um 1 v. H. erhöht worden. Bis zum Jahr 2013 wirkt sich für einen Großteil der neu hinzutretenden Versorgungsberechtigten durch die Übergangsvorschriften das alte Recht aus. Bei Inkrafttreten des HmbZVG am 1. August 2003 fielen rund 21.500 Beschäftigte unter den Geltungsbereich des 1. RGG und rund 9.700 Beschäftigte unter den Geltungsbereich des 2. RGG. Erste Einspareffekte werden erst nach Ablauf der Übergangsvorschriften im Jahr 2013 erwartet.

In der folgenden Tabelle 12 sind ausnahmsweise die Beträge mit einer Kommastelle angegeben, da sich die Veränderungen auf Grund der Anpassungsverschiebung erst in der Nachkommastelle zeigen. Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgaben und stellt sich für die Strukturentwicklung sowie für die Szenarien von 1 v. H. und 2 v. H. mit einer Anpassungsverschiebung auf die Jahre 2006 – 2007 – 2008 wie folgt dar:

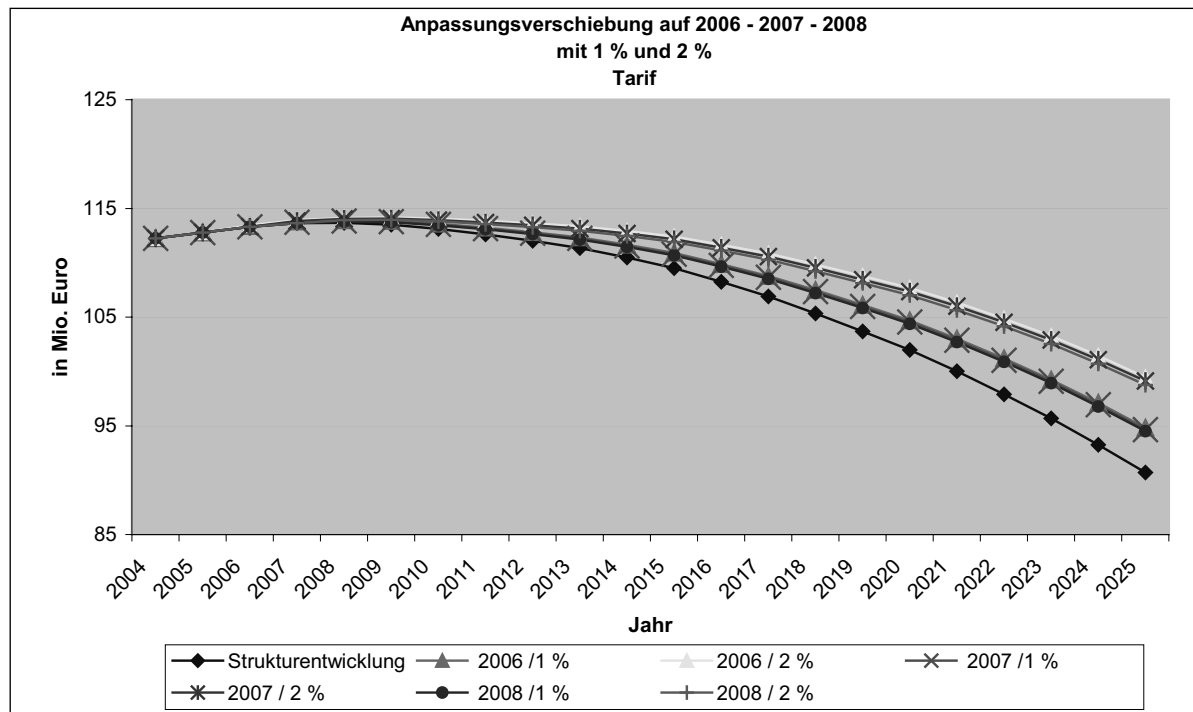
Tabelle 12 : Entwicklung im Tarifbereich -Berechtigtenzahlen und Ausgaben mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro

Jahr	Berechtigte	Struktur-entwicklung in Mio. Euro	Ausgaben bei linearer Tarifierhöhung in Mio. Euro					
			ab 2006		ab 2007		ab 2008	
			2006/1 %	2006/2 %	2007/1 %	2007/2 %	2008/1 %	2008/2 %
2004	29.898	112,3	112,3	112,3	112,3	112,3	112,3	112,3
2005	29.942	112,8	112,8	112,8	112,8	112,8	112,8	112,8
2006	30.049	113,3	113,4	113,4	113,3	113,3	113,3	113,3
2007	30.130	113,6	113,8	113,9	113,7	113,8	113,6	113,6
2008	30.140	113,7	113,9	114,1	113,8	114,0	113,8	113,9
2009	30.092	113,5	113,8	114,2	113,8	114,1	113,7	114,0
2014	29.167	110,5	111,7	112,9	111,6	112,7	111,5	112,5
2015	28.890	109,5	110,9	112,4	110,8	112,2	110,7	111,9
2016	28.563	108,2	109,9	111,6	109,8	111,4	109,6	111,1
2024	25.297	93,3	97,1	101,4	97,0	101,1	96,8	100,7
2025	24.787	90,7	94,8	99,5	94,7	99,1	94,5	98,8

Die Grafik 5 verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung im Tarifbereich, da sich die Zusatzversorgung nach der letzten Ver-

gütung richtet und zeigt gleichzeitig, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen Ausgaben dämpfend auswirkt.

Grafik 5: Strukturentwicklung und Verschiebung linearer Erhöhungen im Tarifbereich



In der folgenden Tabelle 13 wird der Ausgabenrückgang im Zusatzversorgungsbereich für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2004–2015) und für den Gesamtprognose-

zeitraum (2004–2025) in Verbindung mit der Verschiebung linearer Tarifierhöhungen im Aktivbereich von 1 v. H. und 2 v. H. auf die Jahre 2006–2007–2008 prozentual aufgezeigt.

Tabelle 13: Prozentualer Ausgabenrückgang – Überblick Zusatzversorgung

Zeitraum von - bis	Struktur- Entwicklung	lineare Erhöhung ab	Prozentuale Erhöhung der Ausgaben bei linearer Erhöhung von	
			1 v. H.	2 v. H.
			in v. H.	
2004 - 2015	- 2,5	ohne	-	-
2004 - 2025	- 19,2	ohne	-	-
2004 - 2015	-	2006	- 1,2	0,1
2004 - 2025	-	2006	- 15,5	- 11,4
2004 - 2015	-	2007	- 1,3	- 0,1
2004 - 2025	-	2007	- 15,7	- 11,7
2004 - 2015	-	2008	- 1,4	- 0,3
2004 - 2025	-	2008	- 15,8	- 12,0

5. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen

Die Betrachtung der Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen zeigt, dass derzeit etwa 81 v. H. der Versorgungsausgaben auf fünf Einzelpläne entfallen: die Behörde für Bildung und Sport (BBS – Einzelplan 3.1), die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG – Einzelplan 3.2), die Behörde für Inneres (BfI – Einzel-

plan 8.1), die Justizbehörde (JB – Einzelplan 2.0) und die Finanzbehörde (FB – Einzelplan 9.1). Diese Behörden sind geprägt durch einen hohen Anteil an Lehrpersonal, Vollzugsbedienstete, Richterinnen und Richter sowie durch die Steuerverwaltung.

Die folgende Tabelle 14 zeigt die Strukturentwicklungen der Stufe 4/2005mod der o. g. Behörden im Vergleich zu den Gesamtausgaben sowie den prozentualen Anteil dieser fünf Behörden an den Gesamtausgaben.

Tabelle 14: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro							% Anteil der ausgewählten Einzelpläne an ges. Ausgaben
	gesamt	BBS - Epl 3.1	BWG - Epl 3.2	Bfl - Epl 8.1	FB - Epl 9.1	JB - Epl 2.0	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2004	917	316	73	210	62	80	742	80,9
2005	936	325	80	211	63	81	761	81,2
2015	1.139	478	100	228	72	90	968	85,0
2016	1.147	483	100	231	73	91	978	85,3
2017	1.152	485	99	234	74	92	984	85,5
2023	1.169	470	94	267	82	99	1.012	86,6
2024	1.169	467	93	271	82	100	1.014	86,7
2025	1.165	462	91	274	83	102	1.012	86,9

Diese fünf Einzelpläne bestimmen im Jahr 2004 ca. 81 v. H. der Versorgungsausgaben, im Endjahr des Prognosezeitraums 2025 wird mit einem prozentualen Anteil von ca. 87 v. H. zu rechnen sein. Dieser Anteil der Versorgungsausgaben bezieht sich aber lediglich auf 61,3 v. H. der Versorgungsberechtigten im Ausgangsjahr der Prognose 2004 und auf 73,5 v. H. der erwarteten Berechtigten im Endjahr

des Prognosezeitraums 2025. Die folgende Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der Gesamtberechtigtenzahlen der fünf genannten Einzelpläne sowie das Verhältnis, in dem sich die Empfängerzahlen dieser Einzelpläne zu der Gesamtzahl aller Versorgungsberechtigten im Prognoseverlauf bis zum Jahr 2025 entwickeln werden.

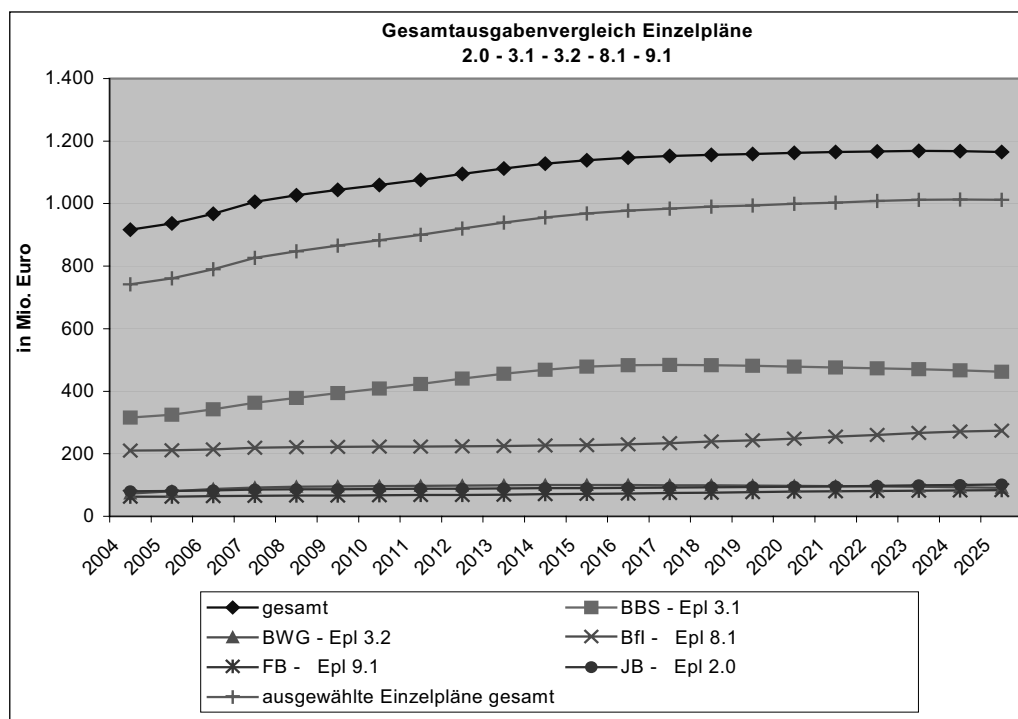
Tabelle 15: Erwartete Berechtigte (Beamten- und Zusatzversorgung) nach ausgewählten Einzelplänen

Jahr	Empfänger							% Anteil der ausgewählten EPI an Empfänger gesamt
	gesamt	JB - 2.0	BBS - 3.1	BWG - 3.2	Bfl - 8.1	FB - 9.1	ausgewählte EPI gesamt	
2004	57.560	4.544	12.192	4.088	10.496	3.961	35.281	61,3
2005	58.133	4.568	12.629	4.327	10.511	3.960	35.995	61,9
2014	62.558	4.733	17.728	5.450	10.509	4.077	42.497	67,9
2015	62.552	4.730	18.040	5.507	10.484	4.078	42.839	68,5
2016	62.423	4.729	18.223	5.548	10.494	4.086	43.080	69,0
2019	61.688	4.764	18.371	5.628	10.591	4.143	43.497	70,5
2021	61.049	4.803	18.318	5.649	10.757	4.160	43.687	71,6
2023	60.248	4.855	18.205	5.636	10.910	4.139	43.745	72,6
2024	59.727	4.876	18.108	5.619	10.932	4.124	43.659	73,1
2025	59.119	4.890	17.977	5.590	10.906	4.110	43.473	73,5

In der folgenden Grafik 6 wird noch einmal die Tabelle 15 dargestellt. Deutlich zeigt sich hier der Gesamtanteil der fünf ausgewählten Einzelpläne, der im Schnitt über den Prognosezeitraum gerechnet bei 84,4 v. H. der Gesamtaus-

gaben liegt. Gleichzeitig lässt sich aus der Grafik erkennen, mit welchem Anteil die ausgewählten Einzelpläne – jeder für sich allein gesehen – an den Gesamtausgaben beteiligt sind.

Grafik 6: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro



Da sich seit der letzten Berichterstattung mit Drs. 18/696 keine gravierenden Änderungen im Verhältnis der jeweiligen Einzelpläne zur Gesamtentwicklung ergeben haben, wird auf die gesonderte Darstellung der Einzelpläne verzichtet.

6. Bewertung der Ergebnisse

Die vorliegende Prognose hat die Tendenzen der bisherigen Prognosen der vergangenen Jahre bestätigt: In den Jahren 2005 bis 2025 ist nach wie vor mit einer strukturellen Zunahme der Gesamtversorgungsausgaben zu rechnen, deren Höchststand im Jahr 2023 zu erwarten ist. In der Strukturentwicklung zeigt sich – ausgehend von Datenerfassungsjahr 2004 – bis zum Mitteljahr des Prognosezeitraums ein prozentualer Zuwachs von 24,2 v. H., für die zweite Hälfte des Prognosezeitraums verringert sich der prozentuale Anstieg und liegt unter 3 v. H., so dass zum Prognoseendjahr 2025 mit einem prozentualen Gesamtanstieg von insgesamt 27,1 v. H. zu rechnen ist. Hier zeigen sich die Auswirkungen der Personalwirtschaft in den Jahren zwischen 1960 und 1980 (siehe hierzu Ziffer 5).

6.1 Lineare Anpassungen

Die Darstellungen von Anpassungsverschiebungen linearer Erhöhungen (Ziffer 4.1/Tabelle 9, Ziffer 4.2/Tabelle 10, Ziffer 4.3/Tabelle 12) zeigen, welche Bedeutung diese für die ansteigende Entwicklung von Versorgungsausgaben haben. Hier gilt es abzuwägen zwischen dieser Entwicklung und dem Ausklinken des öffentlichen Dienstes aus jedweden linearen Anpassungen auf Dauer.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht abzusehen, wie sich die Tarifgestaltung für Hamburg entwickeln wird. Im Januar 2003 hatten sich die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes im Rahmen der Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen auf eine umfassende Neugestaltung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst geeinigt. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat das

Ergebnis vom 9. Februar 2005 für Bund und Kommunen, das nach zwei Jahren Verhandlungszeit entstanden ist, bislang nicht übernommen, befindet sich zurzeit aber in Verhandlungen. In diesem Zusammenhang kann zurzeit auch keine Aussage darüber getroffen werden, wie sich die Besoldungs- und Versorgungsbezüge entwickeln werden.

Die Prognose hat gezeigt, dass in den nächsten 20 Jahren auch ohne jede lineare Anpassung mit aufwachsenden Versorgungskosten zu rechnen sein wird.

6.2 Vergleich mit dem Haushaltsergebnis

Beim Vergleich der Prognoseergebnisse mit dem Haushalt sind immer die unterschiedliche Berechnungsgrundlage und -methodik zu berücksichtigen. Die Daten der Versorgungsprognose beziehen sich auf den Kernhaushalt und auf die Landesbetriebe, die keine eigenen Pensionsrückstellungen bilden müssen. Außerdem sind beispielsweise die Betriebsrenten nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) und die Waisen nicht erfasst. Der Haushalt erfasst weitergehende Risiken wie z. B. die Zahlung von Versorgungskosten an andere Länder nach § 107 b BeamtVG, Aufwendungen für die anteilige Erstattung von Versorgungskosten an öffentliche Unternehmen auf Grund gesetzlicher Regelung oder vertraglicher Vereinbarung.

Für die Prognose sind die anonymisierten personenbezogenen Daten zum Stichtag 1. Dezember 2004 erhoben worden. Schwankungen im Personenbestand vor und nach dem Stichtag sind dem zufolge in der Prognose nicht berücksichtigt. Das Haushalts-Ist wird über den gesamten Jahreszeitraum 2004 berechnet; von daher sind Abweichungen zur Versorgungsprognose plausibel. Erwartungsgemäß liegt daher auch in diesem Jahr das Prognoseergebnis von Prof. Dr. Pfeifer unter dem Haushaltsergebnis. Für den Beamtenbereich beträgt die Abweichung 2,0 v. H. und für den Tarifbereich sind es 7,8 v. H.

Tabelle 16: Vergleich Prognose Stichtag 1. Dezember 2004 – Haushaltsergebnis 2004

Statusgruppe	Prognose 2004	Haushaltsergebnis 2004
Beamtenversorgung	804 Mio. Euro	820 Mio. Euro
Zusatzversorgung	112 Mio. Euro	121 Mio. Euro

6.3 Entwicklung der Ausgaben im Blick auf die neue Sterbetafel DAV 2004 R

Die Hinterlegung der Sterbetafel DAV 2004R in das Prognoseinstrument zeigt, dass zukünftig mit einem weiteren strukturellen Ausgabenanstieg gerechnet werden muss. Die steigende Lebenserwartung wirkt sich zum einen auf die Prognose der Empfängerzahlen aus und hat in diesem Zusammenhang unmittelbaren Einfluss auf die prognostizierten Versorgungszahlungen des öffentlichen Dienstes.

7. Vorsorge für künftige Versorgungsaufwendungen

Um den Anstieg der Versorgungsausgaben zu dämpfen, sind bereits seit 1992 Maßnahmen ergriffen worden, die die Einschnitte in die Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen haben. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 (VReformG) ist die Bildung von Versorgungsrücklagen bei Bund und Ländern vorgeschrieben worden, die im Wege verminderter Bezüge Anpassungen von Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfängern aufgebracht werden. Damit sind erstmals Elemente der Kapitaldeckung in die Beamtenversorgung einbezogen worden.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist das Versorgungsänderungsgesetz 2001. Mit diesem Gesetz wird der Weg, für künftige Versorgungsaufwendungen durch die Bildung kapitalgedeckter Rücklagen vorzusorgen, fortgeführt. Im Jahr 1999 hat Hamburg mit dem Aufbau von Sondervermögen begonnen. Auf Grund gesetzlicher Verpflichtung durch Artikel 5 des VReformG ist mit der Bildung einer Versorgungsrücklage aus der Verminderung linearer Anpassungen gemäß § 14 a BBesG begonnen worden. Darüber hinaus wurde ein zusätzlicher Versorgungsfonds gebildet, in den die Versorgungszuschläge, die Hamburg bei Beurlaubungen von Beschäftigten im öffentlichen Interesse von Dritten erhebt, sowie der Liquiditätsgewinn fließen, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrkräften ergibt. Für den Tarifbereich wurde das Sondervermögen Zusatzversorgung eingerichtet, das aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespeist wird.

Die Wertpapierbestände der nachfolgend aufgeführten Sondervermögen werden erstmals als Nominalvolumina ausgewiesen. Mit dem Nominalwert wird der Betrag dargestellt, der dem Sondervermögen nach Fälligkeit wieder zufließt. In der Vergangenheit wurde der Betrag ausgewiesen, der aus dem Erlös der Wertpapiere zum genannten Stichtag (jeweils der 30.6. eines Jahres) erzielt worden wäre, abhängig vom Kurswert und Stückzinsen.

7.1 Versorgungsrücklage nach § 14 a BBesG

Gemäß dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg (HmbVersRücklG) vom 30. November 1999 hat die Freie und Hansestadt Hamburg eine Versorgungsrücklage für die Beamtenversorgung gebildet. Sie ist in der Zeit von 1999 bis 2002 aus einer Verminderung der linearen Anpassungen um je 0,2 v. H. – insgesamt 0,6 v. H. – gespeist worden. Während der acht ab dem 1. Januar 2003 folgenden linearen Anpassungen, in denen das Versorgungsniveau durch das VersÄndG 2001

abgeflacht wird, ist die weitere Verminderung der linearen Anpassungen um 0,2 v. H. ausgesetzt worden. Dafür wird in diesem Zeitraum die Hälfte der durch die Abflachung des Versorgungsniveaus erzielten Einsparungen der Versorgungsrücklage zugeführt; weiterhin wird jährlich aber auch die bisher erreichte Einsparung von 0,6 v. H. zugeführt.

Die Versorgungsrücklage darf nur zur Entlastung von Versorgungsausgaben für den Beamten- und Richterbereich verwendet werden und zwar schrittweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Mit dem Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Versorgungsrücklagegesetzes vom 2. Juli 2003 sind die notwendigen landesrechtlichen Konsequenzen aus dem VersÄndG 2001 gezogen worden. Das Gesetz regelt die Zuführung der Mittel in die Versorgungsrücklage neu und passt den Zeitpunkt der frühest möglichen Entnahme, nunmehr 1. Januar 2018, an den verlängerten Zuführungszeitraum an.

Das Volumen der Versorgungsrücklage beträgt 82,27 Mio. Euro (Stand 25. November 2005).

7.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur ergänzenden Finanzierung der Altersversorgung seiner Beschäftigten neben der Versorgungsrücklage weitere Maßnahmen getroffen und durch das Gesetz über einen zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Versorgungsfondsgesetz – HmbVersFondsG) vom 19. Dezember 2000 ein Sondervermögen gebildet. Die Entnahme der Mittel ist zweckgebunden und kann erst ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplans erfolgen. Die Rücklage wird ab dem 1. Januar 2000 aus den jährlichen Zuführungen und den daraus erzielten Beträgen gebildet. Die Höhe der Zuführungen bestimmt sich nach den Beträgen, die als Versorgungszuschläge von Dritten vereinbart werden, nach dem Liquiditätsgewinn, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt (festgelegt auf 5.112.918,82 Euro), nach den Beträgen von aufgelösten Pensionsrückstellungen aus Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie nach weiteren Beträgen, die von der Bürgerschaft mit dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert festgesetzt werden.

Das Volumen des Versorgungsfonds beträgt 51,1 Mio. Euro (Stand 24. November 2005).

7.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 1. August 1999 monatlich einen Beitrag in Höhe von 1,25 v. H. ihres steuerpflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zu den Versorgungsausgaben. Diese Beiträge werden dem Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ zugeführt, welches durch das Gesetz über das Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 14. Juli 1999 (HmbGVBl. S. 146) errichtet wurde. Die Mittel des Sondervermögens stehen

seit Juli 2004 kontinuierlich zur Entlastung von Zusatzversorgungsleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2004 wurden durch Beschluss des Beirats vom 20. September 2004 erstmals Beträge entnommen:

- Aus dem Sondervermögen ist ein einmaliger Betrag von 5,8 Mio. Euro an das UKE gezahlt worden. Grund war der zum 1. Januar 2002 erfolgte Systemwechsel des UKE im Bereich der betrieblichen Altersversorgung, indem eine rückgedeckte Unterstützungskasse eingerichtet wurde. Die von den Beschäftigten des UKE bis zum 31. Dezember 2001 in das Sondervermögen eingezahlten Eigenbeträge zur Zusatzversorgung waren daher nach Ablauf der Sperrfrist auszuzahlen.
- Im Hinblick auf die prognostizierten Zusatzversorgungsleistungen (siehe Bü-Dr. 18/696), nach der die Ausgaben in diesem Bereich mittelfristig degressiv verlaufen, ist ein weiterer Betrag in Höhe von 3,5 Mio. Euro zur Finanzierung der Zusatzversorgungsleistungen dem Haushalt zugeführt worden.

Das Volumen des Sondervermögens Zusatzversorgung beträgt 62,78 Mio. Euro (Stand 25. November 2005).

B. Schlussbetrachtung

Die Ergebnisse der vorliegenden Prognose Stufe 4/2005mod, auf der Grundlage der Stufe 3/2004mod des Instruments von Prof. Dr. Pfeifer erstellt, bestätigen den bisherigen Trend der Prognosen der letzten Jahre: Auch unter Berücksichtigung von Maßnahmen (zuletzt durch das VersÄndG 2001) zur Rückführungen der bisherigen Ansprüche, um die Finanzierbarkeit auch in Zukunft zu sichern, werden die Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren strukturell bedingt steigen.

Die Kürzungen des Höchstruhegehaltssatzes von 75 v.H. auf 71,75 v.H. durch das VersÄndG 2001 haben einer Überprüfung vor dem Bundesverfassungsgericht standgehalten. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 27. September 2005 die Verfassungsbeschwerde von drei Ruhestandsbeamten, die sich gegen Vorschriften des VersÄndG 2001 gewandt hatten, abgewiesen.

Dem Urteil vom 27. September 2005 sind folgende Leitsätze zu entnehmen:

- Es existiert kein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums, der den Gesetzgeber verpflichtet, bei Anpassungen der Bezüge eine strikte Parallelität der Besoldungs- und Versorgungsentwicklung zu gewährleisten.
- Auch gibt es keinen hergebrachten Grundsatz, wonach der Höchstruhegehaltssatz mindestens 75 v.H. der Ruhegehalt-fähigen Dienstbezüge betragen müsste.
- Im Beamtenrecht ist das Bemühen, Ausgaben zu sparen, in aller Regel für sich genommen keine ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung.
- Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung können zur Bestimmung der Amtsangemessenheit der Versorgungsbezüge und zur Rechtfertigung von deren Absenkung nur herangezogen werden, soweit dies mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme vereinbar ist.
- Der Gesetzgeber hat die verfassungsrechtlichen Grenzen seines Entscheidungsspielraumes mit dieser Absenkung noch nicht überschritten.

Auf Bundesebene bestehen weitere Überlegungen zur Absenkung des Versorgungsniveaus. Hier bleibt abzuwarten, ob und in wie weit im Hinblick auf die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit diese Überlegungen umgesetzt werden. Der im Frühjahr 2005 vorgelegte Entwurf eines Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes (VersorgNG) sah u. a. vor, den Höchstruhegehaltssatz von 71,75 v.H. auf 71,13 v.H. zu senken. Dieser Entwurf ist der Diskontinuität anheim gefallen.

Die große Koalition von CDU/CSU und SPD hat sich in den Koalitionsvereinbarungen auf eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung geeinigt. Es ist u. a. beabsichtigt, dass eine Reihe von Zuständigkeiten – so auch das Besoldungs- und Versorgungsrecht für Landesbeamte – auf die Länder verlagert wird.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle Kenntnis nehmen.